

Salzburger Nachrichten

MEDIEN

Datenschützer kritisieren Pläne zu Coronapass

RALF HILLEBRAND

24. März 2021 15:45 Uhr

Der anvisierte Ausweis für Geimpfte, Genesene und Getestete ruft Kritiker auf den Plan. Manche Geimpfte könnten gar außen vor bleiben.

Bild: SN/APA

In Israel ist ein digitaler Impfpass bereits im Februar eingeführt worden.

Auf den ersten Blick wirkt der Ansatz denkbar simpel: Jemand, der gegen Corona geimpft ist, die Krankheit vor Kurzem überstanden hat oder getestet ist, zückt etwa bei einem Restaurantbesuch sein Smartphone oder einen Ausdruck. Auf diesem ist ein QR-Code abgebildet. Der Restaurantbesitzer scannt den Code, wird auf eine Website geleitet. Und dort steht in Grün oder Rot, wie es um die Zutrittsberechtigung des Gasts bestellt ist.

Eine derartige Lösung eines (kostenlosen) Coronapasses will die Bundesregierung bereits im April umsetzen. Zunächst soll der Pass nur für Getestete gelten, später auch für Geimpfte und Genesene. Doch was simpel wirkt, bringt auf den zweiten Blick eine Reihe von Fragen. Viele Details stehen etwa noch aus. Zum Beispiel in welchen Fällen der Pass zum Einsatz kommt. Am lautesten wird das Konzept aber von Datenschützern hinterfragt. "Die österreichische Variante sehen wir sehr, sehr kritisch", sagt Okan Kaya, Datenschutzexperte bei der Plattform für Grundrechtspolitik epicenter.works. Auch von anderen Organisationen kommt vergleichbare Kritik. Das Hauptproblem sei die mangelhafte Fälschungssicherheit. Es reiche, eine Website zu basteln, die ungefähr so aussehe wie jene, auf denen die echten Gesundheitsdaten - Initialen, Geburtsdatum, Zeitpunkt des Tests - einsehbar seien. Auf Anfrage relativiert das Gesundheitsministerium: Da die erste Variante des Passes im Grunde nur eine für alle Teststellen gültige Vereinheitlichung jenes QR-Code-Systems sei, das man von der Plattform "Österreich testet" kenne, halte sich die Fälschungsgefahr in Grenzen. Denn wer baue schon eine ganze Website, nur um ein kurz gültiges Testergebnis zu fälschen?

Bis 1. Juni soll schließlich das Projekt eines europaweiten Coronapasses umgesetzt sein, wie auch EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vor wenigen Tagen ankündigte. Dieses "grüne Zertifikat" soll digital und in Papierform ausgespielt werden, ein QR-Code und eine digitale Signatur sollen die Echtheit garantieren. Vor allem Letzteres sei maßgeblich, ergänzt Kaya. Der QR-Code sei mit einem digitalen Zertifikat verknüpft, der wiederum mit einer elektronischen Signatur abgesichert sei.

Die Zertifikatsprüfung könne mithilfe einer App auch offline auf den Endgeräten erfolgen. Somit sei das EU-Konzept sicherer und "eindeutig besser" als die österreichische Vorstufe, sagt Kaya.

Doch für die EU-Variante gebe es ebenso potenzielle Fallstricke. So obliege die Umsetzung einzig der EU-Kommission. Das EU-Parlament könne die Umsetzung nicht beeinflussen, sondern nur im Nachgang aufheben, sagt Kaya. Zudem sehen die Unionspläne vor, dass nur jene Geimpften im System auf Grün geschaltet werden, die ein von der Europäischen Arzneimittel-Agentur zugelassenes Vakzin verabreicht bekommen haben. In manchen Ländern sind aber auch andere Impfstoffe im Einsatz, allen voran in Ungarn: "Ein Ungar, der mit Sputnik V (ein russisches Vakzin, Anm.) geimpft wurde, läuft Gefahr, dass seine Reisefreiheit eingeschränkt ist." Darüber hinaus sei noch nicht geklärt, was mit Daten passiere, die verfallen seien. Etwa Informationen zu einer Coronaerkrankung, nachdem die Sechs-Monats-Frist abgelaufen ist.

Und was ist mit der Befürchtung, durch die österreichische Vorstufe zum gläsernen Bürger zu werden? Werden die Zugriffe auf jener Website, auf der die Coronadaten hinterlegt sind, registriert, könnten die Behörden nachvollziehen, wann jemand im Restaurant oder beim Friseur war. Dazu gebe es von öffentlicher Seite die Beteuerung, diese Daten nicht zu erheben, sagt Kaya. Bei der europaweiten Variante würden die Coronainformationen zudem nicht in einer EU-weiten Datenbank, sondern dezentral gespeichert, ergänzt das Gesundheitsministerium.

Es sei möglich, ein derartiges Projekt rechtskonform aufzuziehen - selbst auf Basis sensibler Gesundheitsdaten, sagt indessen Peter Harlander, Jurist und Datenschutzexperte. Sollte es aber zu pandemierelevanten Grundrechtseinschränkungen kommen, müssten diese "nach der Krise wieder wegfallen".

zu-coronapass-101523394